



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 0 886 890

P/XI/175 - 2. August 1956

Hinweise
auf den Inhalt:

Der Streit um den Suezkanal	S. 1
Ein japanischer Island-Fall	S. 3
3 100 vergewaltigte Mütter - Opfer der Besatzung	S. 5

Löschmann Dulles

ler. Vor beinahe sechs Jahren, auf dem Höhepunkt des Koreakrieges, flog der damalige britische Premier der Labour-Regierung, Clement Attlee, nach Washington, um den damaligen USA-Präsidenten, Truman, zu beschwören, nicht die Atombombe über die kommunistischen Invasionsarmeen abzuwerfen. Truman, in Erinnerung an die Schrecken von Nagasaki und Hiroshima, versagte sich nicht diesem Appell. Heute weiss man, wie nahe die Welt damals vor dem Abgrund des dritten Weltkrieges stand. Mächtige Kräfte in den USA, an ihrer Spitze die Freunde und Gönner Tschiang Kai-scheks und der Oberbefehlshaber der in Korea stationierten UNO-Truppen, McArthur, drängten auf eine rasche Entscheidung. Sie wollten den Atomkrieg nach China hineintragen. Die Phantasie vermag sich nicht vorzustellen, welche Folgen daraus für die Welt entstanden wären. Attlees Intervention, die Weitsicht und die Nerven Trumans bewahrte die Menschheit vor einer unübersehbaren Katastrophe. Es gelang sogar, eben weil der äusserste Schritt unterblieb, den Gluthauch des Koreakrieges zum Erlöschen zu bringen.

Sechs Jahre später fliegt ein amerikanischer Aussenminister nach London, nicht als Apostel des Kalten Krieges, sondern - welche Umkehrung der Situation - als Feuerlöschmann. Diesmal sind es zwei europäische Staaten, Frankreich und Grossbritannien, die zum Maßhalten, zur Unterlassung der äussersten Schritte, zur militärischen Nichtintervention angehalten werden müssen. Nassers Gewaltstreich am Suezkanal hat das Prestige beider Staaten schwer getroffen. Hoch gingen und gehen noch die Wellen der Erregung und leidenschaftlicher Empörung - 2 -

Über das Vorgehen eines Mannes, der es wagte, die Suezkanal-Gesellschaften zu verstaatlichen und mit einem Federstrich hundert Jahre alte Privilegien zu beseitigen.

Die erste Reaktion in London und Paris war Ratlosigkeit. Man war schockiert, niemand hatte damit gerechnet. Nasser sei ein zweiter Hitler, er missachte das Völkerrecht, er spiele mit den Gedanken eines dritten Weltkrieges, ihm müssen die Zähne gezeigt werden, tönte es im französischen und britischen Blätterwald. Eine zeitlang schien es, als ob die Regierungen beider Länder sich von den gleichen Empfindungen leiten lassen würden. London und Paris dachten daran, der Gewalt mit Gewalt zu begegnen, Nasser durch Flottendemonstrationen und einer Wiederbesetzung der Kanalzone in die Knie zu zwingen.

Es waren wohl diese Überlegungen, aus Empörung, Zorn und Enttäuschung geboren, die die Vereinigten Staaten bewegten, die Rolle eines Dämpfers zu übernehmen. Eisenhowers Ausspruch auf der ersten Pressekonferenz nach seiner Wiedergewinnung, man müsse bei allen Schritten gegenüber Ägypten Vorsicht, Gerechtigkeit und Fairness walten lassen, bestimmt das Ausmass der amerikanischen Haltung in dieser von Nasser ausgelösten Auseinandersetzung. Das amerikanische Interesse ist klar; Amerika wendet seinen ganzen Einfluss auf, um England und Frankreich vor Unbesonnenheiten zurückzuhalten, ohne dem eigenwilligen, ehrgeizigen und vom Rausch des Erfolges trunkenen Diktator am Nil für alle Zukunft freie Hand zu gewähren. Die Verstaatlichung der Suezkanal-Gesellschaft selbst lässt sich nicht mehr rückgängig machen; es kommt in erster Linie darauf an, Sicherungen zu treffen, die allen seefahrenden Nationen die Durchfahrt durch diese neben dem Panamakanal wichtigste Wasserstrecke der Welt gewährleisten. Deutlich zeichnet sich das Projekt einer Internationalisierung ab, unter Bedingungen, die der Souveränität des aufstrebenden und von einem nationalen Kraftgefühl getragenen Ägypten keinen Abbruch tun.

Auf der vorgesehenen Konferenz über den Suez-Kanal wird auch die Sowjetunion vertreten sein. Die Sowjetunion hat in dieser Auseinandersetzung eine offenkundige Zurückhaltung bewiesen; sie verteidigte zwar das Recht Ägyptens auf Verstaatlichung des Kanals, unterliess aber alle Ermunterungen an Nasser, es zum Äussersten kommen zu lassen. In dieser Frage, die die Interessen beider Weltmächte berührt, ergibt sich ein Zusammenspiel zwischen Washington und Moskau, das nur daraus zu erklären ist, dass beide Mächte sich wohl der grossen Gefahren bewusst sind, die aus Unvernunft und Draufgängertum für alle bestehen. Moskau und Washington, die Gegenspieler des Kalten Krieges, als Bremsen in einem Konflikt zwischen dem arabischen Nationalismus und europäischen Kolonialmächten - das ist ein wahrhaft ungewöhnliches, freilich auch nur im Schatten der H-Bomben mögliches Bild.

* * *

Die amerikanische Treuhandschaft über Okinawa

Dr.R. Die 1.300 Quadratkilometer grosse Insel Okinawa gehört zu den Ryukyu-Inseln im Südwesten Japans. Sie liegt nicht einmal 1000 Kilometer vom chinesischen Festland entfernt. Von ihr aus sind praktisch alle Punkte Südostasiens durch auf der Insel stationierte Bombenverbände gut zu erreichen. Diese Lage war ausschlaggebend dafür, dass Japan im Friedensvertrag von San Francisco eine Treuhänderschaft der USA anerkennen musste. Wenn es auch formal die Oberhoheit behielt, so wurde die gesetzgebende, richterliche und administrative Gewalt für 100 Jahre abgetreten.

Seit dem Friedensabschluss amtiert ein amerikanischer General als Gouverneur. Er liess auch eine Gesetzgebende Versammlung der Inselbevölkerung wählen. In ihr gilt etwa das gleiche Parteienverhältnis wie in Japan selbst. Eigentlich ging es nie ohne Reibungen zwischen der Treuhändermacht und den Bewohnern ab. Die Lage spitzte sich vollends zu, als bekannt wurde, zu den für Zwecke der amerikanischen Luftwaffe beschlagnahmten 160 Quadratkilometern müssten zusätzliche fünfzig qkm hinzugeschlagen werden. Um die Erregung darüber zu verstehen, muss man wissen, dass auf Okinawa 800 000 Menschen wohnen. Sie leben enger zusammengepfercht als Inder und Chinesen.

Bereits in den japanischen Oberhauswahlen spielte Okinawa die Rolle des Wahlschlagers gegen die Regierung. Es entstand auf der Insel eine "Zurück-zu-Japan-Bewegung", die unter anderem anführte, der Bau von Fernraketenabschusserampen und die Unterbringung von Atomgeschossen in grosse Munitionslagern gefährde zusätzlich die Sicherheit der Bewohner, ein Problem, das durch die Aufsehen erregenden Erfahrungen japanischer Schiffer und Fischer mit radioaktiver Verseuchung in der anti-amerikanischen Propaganda Südostasiens eine grosse Rolle spielt.

Die Landansprüche der amerikanischen Wehrmacht haben auch anderwärts japanische Proteste ausgelöst. So war es bei der Luftnachschiebungsbasis für Korea in Tachikawa, wo Tausende von Bauern um ihre Reisfelder bangten, für die ^{sie} zwar bei Beschlagnahme eine Entschädigung erhalten, ohne dafür Ersatz für die verlorengegangene Reisernte zu bekommen. Die Klagen wegen der geringen Entschädigungen haben nun zu einem anderen Verfahren der Zahlungen geführt, das die Gemüter noch mehr erregt. Die Zinszahlungen werden jetzt durch einmalige Abfindungen ersetzt, was

bei den Besitzern der Ländereien den Verdacht erweckt hat, die Amerikaner wollten das Land für immer behalten. Auch auf Okinawa hat der neue Zahlungsmodus dieselbe Wirkung gehabt.

Zunächst wurden diese Vorgänge von den japanischen Kommunisten ausgenutzt. Die anderen Oppositionsparteien wollten jedoch nicht die Kommunisten allein ernten lassen. Sie nahmen die "Zurück zu Japan"-Parole auf und haben damit erreicht, dass eine der Regierung höchst unerwünschte antiamerikanische Bewegung sich sichtbar ausbreitet und keineswegs auf die Landstriche beschränkt bleibt, wo neue Landansprüche der Amerikaner erhoben werden. Selbst gegen Manöver der letzten Besatzungsdivisionen wehren sich die Bauern durch Aufläufe.

Keine isolierte Erscheinung

Zwar schreitet die US.-Militärverwaltung gegen Demonstrationen ein. Doch muss sie mit ansehen, dass sich das japanische Parlament mit zahllosen Eingaben und Petitionen über den gleichen Gegenstand abgibt, was oft zu wilden Debatten führt. Kompliziert hat die Lage, dass, zur Zeit der sowjetischen Behinderungen des japanischen Fischfangs, offizielle Sprecher der USA in Japan andeuteten, vielleicht werde Okinawa bald an Japan zurückgegeben. Daran klammert man sich nun auf Seiten der Bevölkerung; sie stellt heute fest, dass die neuen Landerwerbungen genau das Gegenteil von dem sind, was vor einigen Monaten versprochen wurde.

Weil die Vorgänge in Japan nicht isolierte Erscheinungen sind, sondern Parallelen auf Island, Ceylon und Cypern haben, betrachtet man in den USA diese Entwicklung mit sehr aufmerksamen Augen. Denn irgendwie hängen diese Schwierigkeiten miteinander zusammen. Radio Peking und Radio Moskau lassen in ihren für Südostasien bestimmten Sendungen keinen Tag vergehen, an den sie sich nicht mit diesem Komplex befassen. Es ist wie in Japan: Um den Kommunisten nicht den Appell an das Nationalgefühl allein zu überlassen, ziehen die regierenden Parteien nach, ob es sich nun um Japan, Ceylon, Island oder Cypern handelt. Die Frage der Stützpunkte ist damit angeschnitten.

Es liegt keineswegs ausserhalb der Möglichkeit, dass Admiral Radfords neue Strategie nicht nur von atomaren Überlegungen bestimmt wird, sondern auch von der sichtbar gewordenen Vergänglichkeit des Wertes solcher Basen in fremden, wenn auch verbündeten Ländern. Eine sich

fortsetzende Kettenreaktion zeichnet sich ab, und sie ist nicht atomaren Ursprungs, sondern politisch-psychologischen, ein Zeichen dafür, dass neben den Gesetzen der Kernphysik auch noch andere Faktoren wirksam sind.

* * *

Helft den Opfern von Gewalttaten

FB. In der letzten Sitzung des Deutschen Bundestages vor den Sommerferien wollte die sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Frau N a d i g der Bundesregierung die Frage stellen, ob sie die Absicht hat, den Kindern, deren Mütter Angehörige fremder Truppen Gewalt angetan haben, Unterstützung zu gewähren. Die Frage konnte wegen Zeitmangel nicht mehr gestellt werden, doch liegt jetzt die schriftliche Antwort des Bundesinnenministers vor. Der Bundesinnenminister teilt mit, dass nach einer vor kurzem abgeschlossenen Erhebung über die unehelichen Besatzungskinder im Bundesgebiet und in Westberlin 3.194 Mütter festgestellt worden sind, die Opfer eines solchen Gewaltaktes geworden sind.

Es soll hier nicht die Frage des Verhaltens der Besatzungstruppen untersucht werden, obwohl allein diese Zahl erschreckend genug ist. Die Frage ist vielmehr, wie für diese Kinder gesorgt werden kann, die sich nun einmal auf der Welt befinden. Die Bundesregierung glaubt, das Problem recht einfach lösen zu können, indem sie es auf die Fürsorge abschiebt. Die Fürsorge, so schreibt Schröder, bemesse ihre Leistungen nach der individuellen Notlage und werde daher der Besonderheit des Einzelfalles am besten gerecht. Der Bundesinnenminister hat sich sogar dazu aufgefordert, die Länder zu bitten, dass die Fürsorgeverbände in allen diesen Fällen "großzügig verfahren und auf die spätere Rückforderung gewährter Leistungen verzichten." Im übrigen beruft er sich darauf, dass die Fürsorgeverbände nicht den Weisungen seines Ministeriums unterstehen.

Diese Auskunft ist ebenso dürftig, wie sie auch am menschlich tragischen Problem vorbeigeht, denn es spricht für einen tiefen sittlichen Ernst, wenn eine Vergewaltigte sich dennoch entschliesst, das Kind zur Welt zu bringen.

Hier reicht die Fürsorge aber nicht aus. Jedermann weiss, dass

Mit den heutigen Fürsorgesätzen sind Mangel an Mitteln kaum noch die primitivste Existenz erhalten werden kann. Der Gang zur Fürsorge ist in der Bundesrepublik darüber hinaus aber auch psychologisch ausserordentlich stark belastet, da damit das Bitten und Betteln, Bedürftigkeitsprüfungen und gerade in diesem Falle eine Fülle peinlicher Fragen verbunden sind, die man diesen Müttern ersparen sollte. An dieser Situation haben die Fürsorgeverbände bis auf Ausnahmen keine Schuld, sondern diese Verhältnisse sind einfach in der Entstehung und in der Arbeitsweise der deutschen Fürsorge begründet.

So ist also das Problem nicht zu lösen, und der Bund sollte die Verantwortung nicht einfach auf andere abwälzen, zumal es sich hier im weiteren Sinne doch um eine Kriegsfolgenfrage und Besatzungsangelegenheit handelt, die in die Zuständigkeit des Bundes fallen. Man sollte sich deshalb entschliessen, in allen erwiesenen Fällen einen Rechtsanspruch zu schaffen, um diesen ohnehin schwer getroffenen Mütter den Weg zur Fürsorge zu ersparen und den Kindern, um die geht, es entscheidend zu helfen.

Die minimale Massnahme aber wäre, dass der Bund Mittel zur Verfügung stellt, denn die bisherigen Fürsorgerichtsätze sind zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel. Es ist selbstverständlich, dass man die individuelle Fürsorge den zuständigen Stellen überlässt, wobei die Verbände der freien Wohlfahrt weitgehend den Vorzug vor der amtlichen Stelle haben sollten. Die wichtigste Frage aber ist neben der Verhinderung solcher Gewalttaten, dass man für die Opfer Mittel bereitstellt. Dabei sollte der Bund seine Taschen nicht zuknöpfen, sondern aus humanitären Gründen helfen so weit er kann.

* * *

Verantwortlich: i.V. Albert Exler